

55. Jahrgang.

Adressen-Nachweis und
Offerten-Gebühr 50 Bfg.

Korpsbezirksregierung.

Aus Stadt, Kreis und Umgebung.

* **Münster, 14. Juli.** Der Direktor der Saalbau-Vischspiele hat es verstanden, den geräumigen Saalbau „Adler“ neuzeitlich so auszunutzen, daß allen Ansprüchen der Kinobesucher Rechnung getragen werden kann. Auf der erhöht gebauten Bühne sind drei Logen neuerbaut, vor welchen sich der Sperrfist und der 1. Platz anreihen. Die Leinwand, auf welcher die Bilder reproduziert werden, ist am Eingange des Saales angebracht, und die Kino-Maschinerie ist auf der entgegengesetzten Galerie angebracht. — Die am letzten Sonntag gezeigten beiden Filme funktionierten im Gegensatz zu der vorletzten Vorführung ganz vorzüglich. Der Inhalt der beiden Stücke war interessant und spannend. Für nächsten Sonntag hat die Direktion einen Lustspiel-Abend festgesetzt, der sicherlich sich eines großen Besuches erfreuen wird.

* **100 Jahre nassauische Landwirtschaft.** Die Hundertjahrfeier des Vereins nass. Land- und Forstwirte und des Landwirtschaftlichen Instituts zu Hof Geisberg, die am 5. Juli in Wiesbaden mit der 95. Generalversammlung des jubelnden Vereins bedeutsam in die Erscheinung trat, verdient — so schreibt die „Wiesb. Ztg.“ — aus mehr als einem Grunde im Bilde festgehalten zu werden. Nüchtern konnte ein glorioles Jubiläum wohl nicht begangen werden, als diese „Festigung“ nach hundert Jahren Bestehens und hundertjähriger Arbeit. In trockenster Sachlichkeit wurde die umfangreiche Tagesordnung erledigt, wurden wichtige Beschlüsse und in möglichster Kürze die notwendigen Erklärungen abgegeben. Alles geschah einstimmig. Dieses Parlament der nass. Landwirtschaft, in vieler Hinsicht ihre berufene Vertretung weit mehr als die bisherige Landwirtschaftskammer, bot ein Musterbeispiel, wie in dieser Zeit von Körperschaften gearbeitet werden soll ohne Zeitverschwendung und ohne das leere Geschwätz langer Auseinandersetzungen, die zumeist doch nur von der Eitelkeit des jeweiligen Redners veranlaßt sind. Mag auch die nassauische Landwirtschaft mit hoher Genugtuung auf das Erreichte zurückblicken — unter dem Druck des Heute mußte jegliche „Jubiläumstimmung“ leerer Wahn bleiben.

* **Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche** hat bisher wenig Erfolge gezeigt. Die Zunahme der Seuchenfälle ist eine äußerst rasche. Nach den Zusammenstellungen des Reichsgesundheitsamtes waren von der Maul- und Klauenseuche befallen: Am 15. Mai 1920 399 Bezirke = 2326 Gemeinden = 14384 Gehöfte. Am 31. Mai 1920 500 Bezirke = 3574 Gemeinden = 30394 Gehöfte. Inzwischen ist eine weitere große Zunahme erfolgt. Ein erfolgreicher Kampf gegen die Viehseuche ist nun mit Hilfe von Dämpfen eröffnet worden, die durch Verdampfungsapparate in den Ställen entwickelt werden. Die Methode wurde schon vor Jahren mit Erfolg erprobt und vom beamteten Tierarzt Rossmann zur Einführung empfohlen. In den letzten Wochen wurden gleichfalls glänzende Resultate erzielt und von behördlicher Seite auf die mit dem Apparat laut vorliegenden Zeugnissen erzielten Erfolge aufmerksam gemacht. Der Apparat, der auch gegen andere Viehseuchen laut Zeugnissen mit Erfolg angewendet wurde, sowie zum Desinfizieren von Ställen verwendet werden kann und behördlich empfohlen ist, wird von der Metallwarenfabrik Friedrich Hanst, Nürnberg, Abt. 41 Apparate, geliefert. Näheres im Inseratenteil.

* **Landjäger, nicht mehr Gendarm.** Durch Verfügung des Ministers des Innern führt die preussische Landgendarmarie von jetzt ab die Bezeichnung Landjäger. Die bisherigen Gendarmenwachmeister führen die Amtsbezeichnung Landjäger und Oberlandjäger, der bisherige Oberwachmeister führt die Amtsbezeichnung Landjägermeister, die bisherigen Gendarmenoffiziere sind jetzt Landjägergerräte geworden.

* **Farbenänderung der Freimarken.** Infolge der neuen Gebührensätze ist der Bedarf an den bisher zweifarbig gedruckten Marken zu 30, 40 und 50 Pfg. so gestiegen, daß die Reichsdruckerei diesen erhöhten Bedarf mit den vorhandenen Zweifarbindruckmaschinen — neue sind nur mit langen Lieferfristen erhältlich — nicht bewältigen kann. Es sollen deshalb farbige Pfennigwerte der Germania-Marke einfarbig neu aufgelegt und bei dieser Gelegenheit gleichzeitig die neuen

Gegenwerte des Wertpostverkehrs, früher 5, 10 und 20 Pfg., die infolge der Valutaverhältnisse auf 20, 40 und 80 Pfg. erhöht werden mußten, in den durch die Ausführungsbestimmungen zum Wertpostvertrag festgesetzten Farben (grün, rot und blau) gedruckt werden. Es hat sich daher nicht vermeiden lassen, Marken abweichender Werte der beiden Ausgaben in den gleichen Farben herzustellen. Um Verwechslungen einzuschränken, sollen die Marken der neuen Art möglichst nicht eher ausgegeben werden, als bis mit den alten Beständen geräumt ist. Es empfiehlt sich daher zur Zeit, sich nicht mit großen Beständen einzudecken.

*) **Münster, 14. Juli.** Ein weite Kreise interessierender Vortrag wird am Freitag, den 16. Juli, abends 9 Uhr, im Gasthaus Böller hier selbst abgehalten. Der Steuerfachverständige der Landwirtschaftskammer zu Wiesbaden spricht über wichtige Steuerfragen. Da die in letzter Zeit in Kraft getretenen neuen Steueretze in ihren Einzelheiten noch wenig bekannt sind, so dürfte sich die Veranstaltung eines großen Besuches aus allen Schichten erfreuen.

— **Weilmünster, 12. Juli.** Am Samstag fand dahier eine Sitzung des Landesausschusses statt, welche sich mit der in Aussicht genommenen Auflösung der Anstalt befaßte. Ein endgültiger Beschluß wurde noch nicht gefaßt, doch wird die Angelegenheit so geregelt werden, daß die Gemeinde Weilmünster keinen Schaden erleidet.

— **Weilburg, 13. Juli.** Bei dem gestern Nacht 11 Uhr niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in das hiesige Postamt ein und entzündete eine Balkenlage. Das Feuer wurde sofort bemerkt und durch den Wehrmann Louis Bausch mit einem Minimax-Apparat im Keime erstickt. Die inzwischen alarmierte Wehr brauchte nicht mehr in Tätigkeit zu treten. Hier hat sich eine Maßnahme des Wehr-Kommandos zur raschen und wirksamen Bekämpfung von Bränden durch Verteilung von Minimax- und Theo-Apparaten auf die einzelnen Bezirke der Stadt glänzend bewährt.

*) **Oberursel, 11. Juli.** Nach siebenjähriger Pause, die der Weltkrieg bedingte, trat der Feuerwehr-Verband für den Regierungsbezirk Wiesbaden und den Kreis Wehlar am Samstag zu breitläufigen Beratungen in Oberursel zusammen und verband damit zugleich das 55-jährige Jubiläum der hiesigen Wehr. Der Zentralvorstand beschäftigte sich in mehreren Sitzungen mit der Festsetzung der neuen Satzungen und der Beschlußfassung über die vorliegenden Anträge. Ein Antrag auf Entschädigung für Verluste an Arbeitsverdienst bei Übungen und Bränden wurde abgelehnt, da die Feuerwehr ihre Tätigkeit ehrenamtlich verrichtet. Die Unterstützungssummen für verunglückte Feuerwehrleute wurde verdoppelt, eine reichsgesetzliche Regelung der Unterstützung soll angestrebt werden. Die Einführung der automobilen Löschhilfe, wenigstens für jeden Kreis ein Auto, soll erwirkt werden. Die Umgestaltung der Feuerlösch-Regelverordnung vom 30. April 1906 nach neuesten Grundsätzen wurde beschlossen und der Regierung zur Annahme dringend empfohlen. Zum allgemeinen Feuerwehrtag am Sonntag hatten sich mehrere tausend Feuerwehrleute aus allen Orten Nassaus in der reichgeschmückten Stadt eingefunden. Der Verbandsvorsitzende Feuerlöschdirektor Tropp Dieblich a. Rh., der zugleich sein 50-jähriges Jubiläum im Dienst der Feuerlöschsache feierte, erstattete nach den üblichen Begrüßungen den Tätigkeitsbericht über die letzten sieben Geschäftsjahre. Von Bedeutung ist es, daß die neue Löschordnung für jeden Ort eine organisierte Feuerwehr vorsieht, von der nur Ärzte und Pfarrer befreit sein sollen. In den Spritzenhäusern sollen Gedächtnistafeln für die gefallenen Feuerwehrleute angebracht werden. Die Anstellung eines Verbandssekretärs hieß man gut. Der Verbandsausschuß wurde auf neun Personen erhöht. Zum Ort des nächstjährigen Feuerwehrtages bestimmte man Eltville a. Rh. Aus Anlaß seines goldenen Berufsjubiläums wurde Verbandsvorsitzender Tropp zum Ehrenmitglied des Nassauischen Verbandes ernannt. Herr Tropp errichtete eine „Tropp Jubiläumstiftung“, aus deren Zinsen bedürftige und verunglückte Feuerwehrleute Unterstüßungen erhalten sollen. Den Verhandlungen folgten Übungen der Oberurseler Feuerwehren und zahlreiche Festlichkeiten der festgebenden Wehren Oberursels.

— **Höchst, 13. Juli.** Der im September v. Js. von der französischen Besatzungsbehörde mit der Führung der Geschäfte des hiesigen Landratsamtes beauftragte Kreisgulinsspektor Dr. Hindrichs

ist jetzt laut Erlaß des Kultusministers als Hilfsarbeiter in die Regierung nach Münster i. W. berufen worden. Sein Nachfolger wird Regierungsrat v. Goffel werden, falls die französische Besatzungsbehörde nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit Einspruch dagegen geltend macht (v. Goffel kommt aus Aachen). Die Übernahme der Amtsgeschäfte durch Herrn Dr. Hindrichs hatte seinerzeit lebhafteste Erörterung in der Öffentlichkeit erfahren und hatte erregte Zwischenfälle in der hiesigen Bevölkerung zur Folge gehabt.

Bermischte Nachrichten.

— **Spa, 12. Juli.** Von französischer Seite wird verbreitet, daß Deutschland durch die am 9. Juli erfolgte Unterzeichnung des Protokolls über die Entwaffnung sich der von den alliierten Mächten angebotenen Befehung weiterer deutscher Gebiete, insbesondere des Ruhrgebiets ausdrücklich unterworfen habe. Die deutsche Delegation erklärt diese Auffassung für völlig unbegründet und den Tatsachen widersprechend. Die deutscherseits am Schluß des Protokolls abgegebene Erklärung besagt lediglich, daß die deutsche Regierung von der Entscheidung der alliierten Mächte Kenntnis nimmt und daß sie die Bestimmungen, soweit sie Deutschland betreffen, d. h. ihm positive Leistungen auferlegen, ehrlich erfüllen werde. Außerdem erklärte der Reichsminister Dr. Simons vor Unterzeichnung des Protokolls in einer Sitzung der Konferenz ausdrücklich, daß die deutsche Delegation ihre Zustimmung zu der angebotenen Befehung weiteren deutschen Gebiets nicht geben könnte, worauf der britische Premierminister Lloyd George erwiderte, daß eine derartige zustimmende Erklärung seitens der deutschen Delegierten weder erforderlich sei noch auch von ihnen erwartet werde, weil sich ihre Zustimmung lediglich auf die Deutschland auferlegten Verpflichtungen zu beziehen brauche. Der Präsident der Konferenz Delacroix, bestätigte diese Auffassung ausdrücklich. Wenn in dem offiziellen Communiqué über die Sitzung vom 9. Juli 1920 weiter gesagt worden ist, der britische Premierminister habe bemerkt, daß Deutschland bereits im Protokollbuch vom 10. Januar 1920 seine Zustimmung zur Befehung weiteren deutschen Gebietes gegeben und der deutsche Reichskanzler dieser Auffassung zugestimmt habe, so ist hierzu folgendes festzustellen: Der Reichskanzler hat sich mit dieser letzteren Bemerkung Lloyd Georges in keiner Weise einverstanden erklärt, sondern hat vielmehr genau den gleichen Standpunkt wie der Reichsminister Dr. Simons vertreten. Der Schlußpassus des Protokolls vom 10. Januar 1920 gab den Alliierten nur das Recht, bis zum Eintritt des Friedenszustandes wegen bestimmt bezeichneter Waffenstillstandsverletzungen militärisch einzuschreiten. Diese Einschränkung, welche den Passus völlig bedeutungslos machte, da der Friedenszustand unmittelbar nach der Zeichnung des Protokolls durch die Ratifikation eintrat, ist in dem vorhergehenden Notenwechsel namens der Alliierten von Clemenceau schriftlich anerkannt worden. Die Alliierten können sich also auf dieses Protokoll nicht berufen.

— **Spa, 13. Juli.** Havas: Nach den Besprechungen am Montag nachmittag hatten sich die deutschen Delegierten zu einer Besprechung zurückgezogen, die nach dem Abendessen fortgesetzt wurde und bis spät in die Nachtstunden hinein währte. Obwohl man die Gesamtentscheidungen noch nicht kennt, glaubt man annehmen zu dürfen, daß die Deutschen eine monatliche Kohlenlieferungsquote von 18 000 000 Tonnen vorschlagen werden. Allerdings werden sie als Bedingung die Sicherstellung der Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Grubenarbeiter durch eine noch ins Leben zu rufende Kommission fordern.

— **Spa, 13. Juli.** Die heutige Sitzung der Chefs der auf der Konferenz vertretenen Regierungen trat um halb 4 Uhr im Schloß de la Freineuse zusammen. Die endgültige Entscheidung in der Kohlenfrage wurde auf morgen vertagt. In der Wiedergutmachungsfrage wurde die Einsetzung einer gemischten Kommission beschlossen, die morgen vormittag 11 Uhr erstmalig zusammentritt. Die deutsche Delegation schlug dann noch vor, eine weitere Kommission für die Ernährungsfrage einzusetzen. Die Sitzung wurde darauf auf Dienstag nachmittag 1/4 Uhr vertagt.

— **Rauberge, 12. Juli.** Das deutsche Lustschiff „L. 72“ ist gestern vormittag 4 Uhr 15 in Rauberge angekommen. Nach einem wohlgeordneten Landungsmanöver ist das Lustschiff ohne